

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

28.4.1919 (No. 117)

Bestandpreis: in Karlsruhe frei ins Haus geliefert vierwöchentlich 1,80 M., monatlich 1,60 M., an den Anzeigebestellern abgeholt monatlich 1,50 M. Auswärts durch die Post frei ins Haus gebracht vierwöchentlich 1,80 M., Einzelnummer 10 Pf.

Berlin, Schriftleitung und Geschäftsstelle: Ritterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Anzeigen: die Anzeigensätze oder deren Raum 25 Pf. Zeilen, 1 Zeile an erster Stelle 1,20 M., auf die Breite 80% Feuerungsgebühr. Rabatt nach Tarif. Anzeigenannahme bis 12 Uhr mittags, kleinere Anzeigen bis 4 Uhr nachmittags. Fernsprechanzeige: Geschäftsstelle Nr. 208, Berlin Nr. 207, Schriftleitung Nr. 20 u. 84.

Chefredakteur: Gustav Kasperl; verantwortlich für Politik: Martin Gollinger; für Baden, Lokales und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Kunst: Carl Gellmer; für Inserate: Carl Kuhnmann. Druck und Verlag: C. B. Müller'sche Buch- und Druckerei in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedemann, Fregestraße 65/66. Telephonamt 1240. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksaachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erloszt, wenn Vorio beauftragt ist.

116. Jahrg.

Montag, den 28. April 1919

Nr. 117.

An der Schwelle von Versailles.

5. Von unserer Berliner Redaktion wird uns berichtet: Die bevorstehenden Verhandlungen in Versailles, die über Bestand und Zukunft des Reiches entscheiden werden und alle denkenden und empfindenden Deutschen mit äußerster Spannung erfüllen müssen, machen auf soziale Schwärmer und bolschewistische Revolutionäre offenbar gar keinen Eindruck. In München geht der tolle Hysterieabbat weiter, und es muß eine regelrechte Heeresmacht aus allen deutschen Stämmen, auch Preußen, aufgeboden werden, um die ungeliebte Stadt der politischen Vernunft zurückzubehalten. Den Oberbefehl über die Truppen hat Reichswehrminister Noske übernommen, der schon von einer Inspektionsreise nach Danzig und Viborg zurückgekehrt ist, wo die Bedrohung durch die Polen — eine herausfordernde Rede des polnischen Generals Haller hat das bewiesen — und die russischen bolschewistischen Heere fortbesteht.

Aber auch im übrigen Deutschland schwelt die Flamme des allwärtigen radikalen und kulturellen Grundlages allmählich zerfallenden Radikalismus fort. In Bremen hat das Bürgerium auf den Generalfreik der Arbeiter, dem sich auch die Angestellten der Gas- und Wasserwerke angeschlossen, mit einem tatkräftigen Abwehrkampf entgegengetreten. Aber dadurch ist alles öffentliche Leben gelähmt. Die Kassen sind geschlossen, die Schulen, die Bezirke, die Beamten und die Post haben ihre Tätigkeit eingestellt.

In Leipzig ist nach den größten Vorbereitungen die Frühjahrsmesse eröffnet worden. Sie soll dem deutschen Handel aufs neue einen kräftigen Antrieb geben. Schon drohen aber die Unabgaben und Spartakisten mit Generalfreik und Sabotage, und, wie man hört, kommt auch aus anderen Städten fanatisches Gefindel nach Leipzig, um den Bürgerkrieg von neuem zu entfachen.

Man wird bei dieser Lage der Dinge der Regierung trotz der Noskischen Mäßigkeit den Vorwurf verhängnisvoller Schwäche nicht ersparen können. Sie will nicht anerkennen, daß die radikalen Massen sich durch ihr Verhalten während der letzten Monate in jeder Weise ins Unrecht gesetzt haben, und daß weitere Nachgiebigkeit gegen ihre Forderungen den völligen Untergang von Reich und Volk bedeuten würde.

Fast grotesk klingen die Erörterungen, welche Bedingungen der äußeren Feinde wir gerade noch unterzeichnen dürfen, welche aber unbedingt abgelehnt werden müßten, wo große Teile des Volkes dabei sind, die innere Selbstzerdörung mit fanatischem Eifer zu vollenden. Und doch müssen unsere Unterhändler versuchen, in Versailles auf der Beistatte, die auch für den Gegner infolge innerer Zersplitterung und der asiatischen Bolschewistensuche mehr Gefahren birgt, einen Frieden herauszuschlagen, der Deutschland ein wirtschaftliches und politisches Weiterleben ermöglicht, der der deutschen Regierung den Mut gibt, ein Programm der inneren Disziplin mit fester Hand durchzuführen, der auch auf die Massen beruhigend wirken und zu positiver Arbeit ermuntern kann.

Die Verhandlungen in Versailles sollen nach Eintreffen der Unterhändler sofort beginnen. In Paris herrscht die Meinung, daß 18 Stunden nach Ankunft man bereits wissen werde, ob sie unterzeichnen oder nicht. Im „Temps“ wird erklärt, es sei eine falsche Auslegung der französischen Note, anzunehmen, daß die Entente hinsichtlich der Möglichkeit einer Diskussion der Friedensbedingungen zugegeben habe. Nach gewissen Informationen würde die deutschen Delegierten lediglich das Recht haben, ihre Bemerkungen schriftlich einzubringen und diese Bemerkungen dürften sich nur auf Modalitäten der Zahlungen beziehen. Ueber alle anderen Themen sei eine Debatte ausgeschlossen. So lange wir nicht Tatsachen gegenüberstellen, wird man alle diese formalistischen Erörterungen der französischen Presse als Ausläufer des für sie und die Stimmung in Frankreich überhaupt charakteristisch gewordenen Angst-Größenwahns ansehen müssen.

Mit großer Pünktlichkeit ist der erste Sonderzug der deutschen Friedensdelegation abgegangen. Er besteht aus drei D-Zugwagen erster Klasse, zwei Schlafwagen, einem Speisewagen und einem Gepäckwagen. Er fährt über Magdeburg. Hannover nach Köln und wird dort von der Vertretung der französischen Regierung übernommen.

Vertretung des Sonderabkommens von Spa durch General Haller.

Berlin, 27. April. Am 26. April ließ der Reichsminister Erbkamer folgende an Marshall Koch gerichtete Note dem französischen Vorkommenden in Spa überreichen, welchen durch das Spaer Kommando vom 4. April 1919 der Durchzug durch deutsches Gebiet genehmigt worden ist, nach dem Reichsminister des Reichs in Paris (auf deutschem Gebiet innerhalb des Deutschen Reiches gefahren) während der Durchreise die Parade über die dortigen polnischen Truppen ab. Dabei gab er nach dem „Deinstit Postamt“ folgende Erklärung ab: „Was Danzig anlangt, so gibt es nur einen Standpunkt: Danzig gehört Polen und muß polnisch werden. Was Schlesien anlangt, so ist es polnisch angeht, so muß man diesen Teilgebielen zu Hilfe kommen. Wenn diese Länder einen

status bekommen, wie heute das Großherzogtum Baden, dann würde diese Frage schnell geregelt sein. Durch diese Kundgebung hat sich General Haller eine schwere Verletzung des Spaer Abkommens vom 4. April 1919 zuschulden kommen lassen. In diesem Abkommen ist seitens der Alliierten zugesagt worden, daß alle Maßnahmen ergriffen werden, damit die auf dem Raum durch Deutschland befindlichen Truppen alles unterlassen. Der Führer dieser Truppen, General Haller, hat aber durch seine Ansprache auf deutschem Gebiet hiergegen verstoßen. In dem Schluß hat er die polnischen Truppen und die polnische Bevölkerung direkt zum Aufstand gegen die deutsche Regierung aufgehetzt, indem er für Schlesien, Ost- und Westpreußen denselben Zustand der Empörung gegen die deutsche Regierung fordert, wie er im Dezember 1918 in Baden eingetreten ist. Hierdurch wird Unruhe sowohl in der deutschen, wie in der polnischen Bevölkerung hervorgerufen. Wegen dieses Verstoßes gegen das Spaer Abkommen lege ich hierdurch nachdrücklich Protest ein mit dem Ersuchen an Herrn Marshall Koch, den ihm unterstellten General Haller auf das Angehörige seines Verbaltens hinzuweisen zu wollen.

Ein Fragebogen anstatt Friedensartikel.

(Eigener Drahtbericht) 5. Genf, 28. April. Eine offizielle Note befragt, daß die deutschen Bevollmächtigten in Versailles bei ihrer Ankunft nicht den Wortlaut der 1000 Friedensartikel vorfinden werden. Durch Vorlage eines die wichtigsten Gegenstände enthaltenden Fragebogens will die Entente die Deutschen vielmehr zunächst zu einer schriftlichen Antwort veranlassen, von der es abhängen wird, ob weitere Verhandlungen zweckdienlich wären.

Der französische Angst-Größenwahn.

Bern, 27. April. Der „Matin“ veröffentlicht in Ergänzung der Ausführungen des Marshall Koch im Ministerrat die Aufzählung des alliierten Oberkommandos über das Regime am dem linken Rheinufer. Danach muß Frankreich sich gegen die Wiederkehr von neuen Angriffen schützen und muß sich bis zum letzten Centimes bezahlen lassen. So lang muß das linke Rheinufer besetzt bleiben. Das Deutschland soll besetzt, so sollen die Alliierten beschließen, ob das Besatzungsheer deminuiert beibehalten oder ausgetrieben werden soll. Der Militärstand wird in Frankreich auf ein Jahr festgesetzt und 10 000 Franzosen würden in den Rheinbezirken in den wunderbaren deutschen Kasernen liegen.

Nach dem „Monter Progress“ besteht die neugebildete französische Besatzungsarmee in Deutschland aus 250 000 Mann. Die britische Armee wird 200 000 Mann umfassen, so daß zusammen mit der amerikanischen Armee die Alliierten 750 000 Mann gegen deutsche Drohungen (!) bereit haben.

Der „provisorische“ Kolonialraub.

Paris, 27. April. (Na. Sabas.) Die alliierten und assoziierten Regierungen haben beschlossen, provisorisch in die Friedensverhandlungen nur die Bestimmungen aufzunehmen, daß Deutschland auf seine früheren Kolonien verzichtet. Die Frage der Verteilung und der Bestimmung der Kolonien soll den weiteren Beratungen vorbehalten bleiben.

Die französische Presse heßt die Japaner auf.

Paris, 27. April. (Na. Sab.) Wie der „Matin“ erzählt, haben Clemenceau und Lloyd George dem italienischen Ministerpräsidenten vor seiner Abreise schriftlich ihren Standpunkt darzulegen. Nach Wittermeldungen ist es möglich, daß Japan sich weigern wird, in Abwesenheit der Italiener mit den Deutschen zu verhandeln.

Der „Matin“ glaubt, daß auch Japan sich von der Konferenz zurückziehen wird, wenn seinen Wünschen nicht entsprochen werden sollte. Japan glaubt, daß es, falls der Grundgedanke der Gleichberechtigung der Rasse nicht in die Völkercharta aufgenommen werde, dem Völkerbund nicht beitreten könne. Der Vertreter des „Echo de Paris“ in Washington meldet, die amerikanische Regierung bezwecke zu verhindern, daß Japan im Besitz von Kiautschau bleibe.

Die irisch-amerikanische Abordnung in Paris.

Rotterdam, 27. April. Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge schreibt der „Manchester Guardian“, es seien Anzeichen dafür vorhanden, daß die Anwesenheit der irisch-amerikanischen Abordnung in Paris nicht ohne Wirkung abliehen sei. Wilson und Oberst Douce hätten offenbar es nicht verwirren können, einmüßig ihrer Landeseule zu empfangen, und es ließe außer Frage, daß Verhandlungen geführt würden. In Irland laube man, daß die Abordnung bereits am 26. in Dinare erreicht habe.

Das Ende des Kommunismus in Ungarn.

5. Wien, 26. April. Die „Independance Romaine“ berichtet, daß Bela Kun eine Bitte um Waffenstillstand an das rumänische Großhauptquartier geschickt hat.

Die Alliierten und die S. S. S.

Bern, 28. April. Wie der „Bund“ von ausländischer Seite hört, haben die Organe der S. S. S. und die Bundesbehörden offiziell die Nachricht aus Paris erhalten, daß die Alliierten die Aufhebung der Kontinenzierung der S. S. S. beschlossen haben. Der „Bund“ bemerkt dazu, damit sei der säkularistischen Geschäftsmann der Warenverkauf in belagerten Umfange freigegeben worden; allerdings seien die Transportverhältnisse noch nicht behoben, das Verbot der Ausfuhr müsse aufgehoben werden, was von der Schweiz mit aller Entschiedenheit abgelehnt worden ist.

Die große Komödie in Rom.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Rom, 28. April. Orlando ist in Rom einetroffen. Ihm zu Ehren war die Stadt beflaggt. Am Bahnsteig wurde er von 300 Deputierten und Senatoren begrüßt und von einigen umarmt. Orlando hielt mit Tränen in den Augen eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Italien muß den schlimmsten Fall ins Auge fassen, aber das Meer, die Marine und das Volk seien noch ebenso wachsam, ja noch mehr als im Mai 1915. (Donnernder Beifall.) Italien kenne den Suner, aber nicht die Schande. (Lofender Beifall.) Der Minister schloß: Ich verhehle nicht die Gefahr, daß wir vielleicht nach allein der Welt gegenüberstehen. Aber in dieser Stunde gilt für uns nur die einzige Lösung: Einigkeit. Italien kann und darf nicht untergehen.

Nach Orlando erklärte General Diaz, daß das Meer bereit sei, von neuem nach Paris zu tun. Endlich verfierte auch Pariser sein absolutes Vertrauen in die Zukunft Italiens. Vor dem Quirinal wurden von großen Menschenmassen enthusiastische Schreie auf Rume, Dalmatien, Orlando und den König ausgedrückt.

Ein Leitartikel der konservativen „Beriberana“ schloß vor, das Parlament müsse nach sofortigem Aufrücktritt folgende Beschlüsse fassen: 1. Erklärung der Annerion aller durch den französischen Vertrag Italien garantierten Gebiete, sowie Fiume und Spalato. 2. Anforderung an die Regierung, die Altersklassen 1900 wieder einzuberufen, sofortige Aufhebung einer nationalen Anleihe, um 8-10 Milliarden zu sammeln. 3. Sofortige militärische Besetzung der vorerwähnten Gebiete. 4. Sofortige Beschlüsse aller Hofhöfe und Lebensmittel um jeden Preis, deren Anfuhr ausfallen könnte.

Die gefährliche Stimmung im Lande wächst. „Popolo d'Italia“ malt das Geistesbild eines neuen Krieges an die Wand. Italien werde, wenn es in Paris kein Recht bekomme, mit Deutschland Krieg führen. Denen Anführer an Deutschland unterstützen und allezeit die Annerion Dalmatiens vornehmen. Mit Quaslatvina würde Italien wieder fertig. Andererseits hat Sonnino bei seiner Abreise von Paris erneut den Franzosen freundliche Erklärungen abgegeben. „Corriere della Sera“ hat dabei drin, daß bei Demonstrationen keine so schweren Beschimpfungen der Alliierten auszuüben, denn es könnte Italien isolieren, das aber heute mehr als je Freunde gebrauche. Unsere Diplomaten stehen sich zurück vom Pariser Schiedsgericht, aber Italien sieht sich nicht aus Europa aurtück.

Englische Stimmen.

Rotterdam, 25. April. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London, daß sich in England die Spannung anlässlich des italienisch-amerikanischen Ansehens vermindert habe und daß man fast allgemein einen Ausbruch erwartete. Inzwischen wird von allen Seiten Kritik geübt. Die „Morning Post“ tritt sehr scharf auf. Die „Wilson auf dem, dem sie vorwirft, daß er von dem Prinzip des Nichterleidens nichts wisse und in Europa alles auf den Kopf stellen, während er in seinem eigenen Lande eine Flottenflotte bauen lasse und nicht an der Monroe-Doktrin rütteln lasse. Der Völkerbund sei damit bereits durch den Mangel an Vertrauen seines Hauptamts zusammengebrochen. — Der Pariser Korrespondent der „Times“ stellt sich auf die Seite Wilsons und wirft den Italienern vor, daß sie in Dalmatien eine bedauerliche Härte an den Tag gelegt hätten. Auch in Deutsch-Tirol hätten sie den deutschen Unterricht in den Dorfschulen abgeschafft und den Priestern verboten, deutsch zu sprechen. Sie hätten die Namen deutscher Orte willkürlich italienisiert. Aus diesen und anderen Gründen, die von Italienern hergeleitet seien, seien die Offiziere der Alliierten, die diese Streifen besetzt hätten, bestärkt die Berechtigung der Klagen der Einwohner.

Die Wirren in Bayern.

München.

Ueber die Lage in München erhalten die „Pol.-Karl. Nachrichten“ von dem Korrespondenten von „Allianzen“, v. Hülsen, der bisher in München weilte, folgende Mitteilungen:

Der Vollzugsausschuß erwägt für die nächsten Tage die Exekution sämtlicher Bürger, soweit sie nicht für die Aufrechterhaltung des notwendigen täglichen Lebensbedarfs arbeiten. Eine große Anzahl von Hotels sind von den Kommunisten mit Beschlag belegt, die dort Waidinengewehre untergebracht haben. Die Lebensmittel sind sämtliche Lebensmittel bis auf äußerst kleine Mengen fortgenommen worden. Die Lebensmittelzufuhr nach München hat nur etwa zwei Tage gedauert, während deren es kein oder wenig Fleisch gab. Jetzt geht alles wieder den alten Gang; nur die Preise sind sehr in die Höhe gegangen. Infolge des Mangels an Organisation hat die Verteilung an einigen Stellen gestoppt. Das Vorgehen in den Banken ist bekanntlich beschlagnahmt worden; nicht bekannt dürfte sein, daß auch die Geldbögen, soweit sie in den Banken liegen, bis zu 27 Prozent beschlagnahmt sind. An der Spitze der roten Armee stehen Oberleutnant Baraquin, der bereits seit längerer Zeit der U. S. B. angehört, und der bekannte Herrentreter Ruch Brede. Die kommunistische Regierung treibt eine außerordentlich rigorose Gewaltpolitik. Sie hat nach Bamberg mitteilen lassen, daß sie für jeden Kommunisten, dessen Verhaftung ihr bekannt wurde, 25 Bürger in Haft nehmen würde. Das Revolutionsstrich u. a. l. arbeitet Tag und Nacht, doch ist es noch zu keinem Todeurteil gekommen; es scheint, als ob die Hinrichtung gewirkt habe, er werde leben, der bei einem Todeurteil mitwirkte, als Märtyrer aburteilen lassen. Die inneren Gegenstände in der Bewegung scheinen in den letzten Tagen stark zugenommen zu haben.

Ernst Toller.

Ueber den Führer der Münchner Unabhängigen schreibt der „Köln. Sta.“ ein ebensolcher Studien-genosse Tollers:

„Die Eisner entstammt der neuen Führer der Münchner Unabhängigen einer polnischen Judenfamilie. Als ich ihn auf der Univeristät kennen lernte, lebte er damals noch nach als der Sohn reicher Eltern. Aber schon immer war in seinem Wesen etwas Vernommenes, Gräßliches, sich selbst Vernachlässigendes — viel Selbstbescheidenheit, die der Völk nicht entbehrt. Er studierte Nationalökonomie und Jurisprudenz, ohne davon befreit zu sein. Aufschreibend schriftstellersche er schrieb Gedichte, Einakter, am ardhsten Teil nach expressionistischem Muster. Man führte ihn in München sogar vor literarischem Publikum auf, allerdings ohne Erfolg. Schon durch seine Gedichte, besonders die Korakelien, die in ihm die erste Erhellung gegen Militär und Krieg wahrnehmen. Er wurde entlassen und studierte nun in München. Nach kurzer literarischer Wäntanna erriet er allmählich ins sozialistische Nachwachen, ohne aber weiter von sich sprechen zu lassen. Er trat dann nach Heidelberg, und schließlich nach Berlin an der dortigen Univeristät rezeleert worden auf Grund politischer Verbindungen, die im Zusammenhang mit dem Kampf um den Bauffinen Führer gestanden hätten. Er wurde sogar in Unterhändlerhaft genommen, aber wieder freigelassen, doch blieb er unter Aufsicht. Ein Drama von ihm, das er vorlesen wollte, wurde verboten, weil es voll anarchistisch anstößiger Gedanken war. Bei jeder Gelegenheit bekämpfte er seine Umarmtheit für das Proletariat. So beteiligte er sich bei den Umwälzen der Münchner Arbeiter. Als der Krieg zu Ende ging, hielten die Sozialisten ihre Zeit für gekommen. Mit dem Strom schwamm auch Ernst Toller, der seiner Natur entprechend, zum Extremisten des Extremismus und einer der Mobilisten wurde. Die Klut trug ihn an die Spitze einer zehntausendköpfigen Menschenmasse. Er, der Fremde, kam Siebenbrunnabankabrie, ein untreuer demokratischer Kopf voll fanatischem Pathos, halb mit, Waberns Gewissenshaft in furchtbarem Gend zu führen; herandüht von menschenbaldigenden Ideen frecht er seine Hände nach andern Wölfen aus und kiffte das Chaos heraufbeschwürten.“

Verflechtung der Lage der Spartakisten.

Bamberg, 28. April. Nach hierher gelangten Meldungen verbleibt die Lage in München die Lage der Spartakisten angehendig haben, und die zur Ausrufung der Räterepublik in Nürnberg führen sollte, ist völlig zu deren Ungunsten verlaufen. Das Generalkommando hat in entscheidenden Augenblick eine so starke militärische Macht entfaltet, daß die Spartakisten selbst mit der Möglichkeit eines Sieges nicht mehr rechnen konnten. Die Nacht und der Sonntag sind völlig ruhig verlaufen. Inzwischen hat eine aus allen Ständen gebildete Bürgerwehr den Sicherheitsdienst übernommen.

Fiasco der Spartakisten in Nürnberg.

Nürnberg, 28. April. Die Nachtprobe, die die Spartakisten angehendig haben, und die zur Ausrufung der Räterepublik in Nürnberg führen sollte, ist völlig zu deren Ungunsten verlaufen. Das Generalkommando hat in entscheidenden Augenblick eine so starke militärische Macht entfaltet, daß die Spartakisten selbst mit der Möglichkeit eines Sieges nicht mehr rechnen konnten. Die Nacht und der Sonntag sind völlig ruhig verlaufen. Inzwischen hat eine aus allen Ständen gebildete Bürgerwehr den Sicherheitsdienst übernommen.

Ueber die blutigen Zusammenstöße am Regimentsplatz wird u. a. mitgeteilt: Im Laufe des Vormittags wurde das Bureau der demokratischen Volkspartei gestürmt und Geiseln von der Menge festgenommen. Eine zur Vertreibung dieser Geiseln ausgedachte Radfahrer- und Maschinenengewehrtruppe wurde von der angekommenen Menge beschimpft und angegriffen. Die Menge führte auf die Soldaten zu, warf mehrere von den Mägen und drang mit Messern auf sie ein. Ein Teil der Soldaten wurde abgeknippt, entworfen, der Mägen beraubt und durch Messerstiche und Schüsse verletzt. Den Verletzten wurden die Karabiner abgenommen und diese von den Auführern zum Feuern gegen die Abteilung verwendet. 6 bis 7 Personen wurden verletzt. Auf Seiten der Soldaten gab es 4 Verletzte. Einem Soldaten wurde die Hand abgehackt. Unter den Geiseln befanden sich Rechtsrat Dr. Merk und Geh. Hofrat Kahn.

Für die Kriegsbeschädigten.

Die vereinigten Verbände der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen hatten, wie bereits gestern gemeldet, dem Reichsministerium Beschlüsse vorgelegt und Vorläufige unterbreitet. Der Präsident des Reichsministeriums hat auf ihre sechs Forderungen in einem Schreiben dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer folgendes beantwortet:

Die Regierung ist unmissverständlich bemüht, trotz der ungeheuren Schwierigkeiten der Materie den von ihr gegebenen Versprechen nachzukommen. Jedoch will nur erinnern an die erhöhten Feuerungsanlagen, an das große Reformwerk der militärischen Versorgungsgerichte und an die gezielte Regelung der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, die die praktische Mitarbeit der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen auf dem ganzen sozialen Arbeitsgebiet mit sich gebracht hat. Ueber den gegenwärtigen Stand der Arbeiten und die nächsten Absichten und Aufgaben der Reichsleitung, die sich mit den vorgetragenen Wünschen

der Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen in allen Punkten begünstigen, möchte ich an Hand der vorliegenden Eingaben folgendes bemerken:

Die Reform der Militärversorgungsgesetze wird mit der größten Beschleunigung durchgeführt werden. Hierbei werden die Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenen-Dramatiken zur Mitarbeit herangezogen werden. Auch sollten Kriegsbeschädigte bei den Verwaltungsarbeiten der Versorgungsstellen mitwirken.

Das zum Inkrafttreten dieses Gesetzes werden allen verorgungsberechtigten Militärpersonen der Unterlassen und deren Hinterbliebenen mit Wirkung vom 1. Juni 1919 laufende monatlich zahlbare Teuerungszulagen gewährt, und zwar in Höhe von 40 % auf alle ihnen aufzubewahrenden laufenden zahlbaren Monatsbezüge, Kranken-, Kriegsverwundung-, und die diesen entsprechenden Zulagen, ferner Zuschlagsunterstützungen und Zuwendungen auf die Gebührensätze, die nach dem Kapitalabfindungsgesetz einer Kapitalabfindung zu Grunde gelegt sind.

Zuherbem wird verfügt, daß zunächst auf die Dauer eines Jahres von jeder Verabreichung über Entscheidung von Versorgungsgebühren in der Verwaltungswege abgesehen ist. Ein Entlohnungsausschuss der verorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten, die zwischen dem 1. Juni 1916 und dem 3. November 1918 entlassen sind, nach den Bestimmungen, wie sie für die nach dem 3. November 1918 entlassenen Militärpersonen gegeben worden sind, unter folgenden Voraussetzungen gegeben werden: In Gemeinden mit weniger als 50000 Einwohnern, wenn der Betroffene weniger als 3000 Mark, in Gemeinden von 50000 bis 100000, wenn der Betroffene weniger als 4000 Mark und in Gemeinden mit mehr als 100000 Einwohnern, wenn der Betroffene weniger als 5000 Mark steuerpflichtiges Einkommen besitzt. Zur Bemessung des Einkommens sind Nachbargemeinden dann aufzunehmen, wenn sie ein einheitliches Wirtschaftsgebiet darstellen. Die Ausgaben werden bei der eigentlichen Kostentragung nur allmählich erfolgen können. Dagegen kann die festgesetzte Gebührensätze auf Wunsch unverzüglich ausbezahlt werden.

Die Vorarbeiten zur gesetzlichen Regelung eines wirksamen Einkommenszwanges sind abgeschlossen und die Einleitung zur Mitarbeit ist an die hinsichtlich des Kriegsbeschädigten ergangen. Die Reichsleitung ist sehr bereit, die Anregung wegen Wohnungsfürsorge und Siedelung einer eingehenden Prüfung unterziehen zu lassen. Auch hier sollen die Verbände der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen zur Mitarbeit herangezogen werden.

Für die soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge und zwar sowohl für ihre praktische Ausübung, als auch für ihre Einleitung werden ausreichende Reichsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Zur Bekämpfung der erwähnten Verbesserung der Versorgungs- und Fürsorgegebiete stellt die Reichsleitung trotz der bis zum äußersten angespannten finanziellen Lage sofort einen Betrag von 300 Millionen Mark zur Verfügung.

Die Kundgebungen.

(Eigener Drahtbericht.)

h. Berlin, 28. April. In Berlin fanden gestern auf dem Alexanderplatz Demonstrationen von Kriegsbeschädigten statt. Ihre Forderungen sind: 1. Reform des Mannschafts- und Hinterbliebenenwesens nach sozialen Gesichtspunkten ohne Klassenunterschiede. 2. Mitarbeit an den neuen Gesetzen; bis zum Inkrafttreten der Gesetze Erhöhung der alten Bezüge. 3. Beschleunigung der Wohnungsvermittlung und Prüfung der Frage der Wohnvermittlung. Gleichzeitig erklärten die Kriegsbeschädigten, daß sie die wilden Streiks, die zum Teil zu unserer liebsten Notlage geführt haben, liebhaft mißbilligten.

In Berlin war gestern Mittag der Wilhelmplatz und die Umgebung des Reichstanzlerhauses durch Stacheldraht und Truppen dicht abgesperrt. Menschenansammlungen wurden nicht geduldet. Nur hin und wieder fanden sich vorübergehend 50 bis 60 Kriegsbeschädigte zusammen. Zusammenkünfte sind nicht vorgekommen.

Badisches Landes-theater.

Zum ersten Male:

„Nachspiel.“

Szenen aus der Liebe von Maxim Gorki. Qui bono? Wenn aufstehe fächte man fast zwei Jahrzehnte nach ihrem Erscheinen diese Szenen auf! Das fragt sich nicht der Kritiker und immer Unzufriedene, sondern mancher, der zunächst mit heiserer Liebe, dann mit Zweifel und schließlich in Verzweiflung der ungreiflichen Kurze des Schicksals des badischen Landes-theaters folgt. Das denn die Besetzung der vielbesagten bühnenfremden Szenen nur die Folge, daß man Unterlassungen der Vergangenheit nicht gut machen will? Das ist verlorene Arbeit, und keine Schwärze bringt zurück, was da wehrt. Der Schicksal muß programmatisch und auf die Wege der Welt eingeleitet und genützt werden. Das klassische Problem ist in noch klammer als die alte Hoftheaterzeit — kannte. Es nimmt die letzte Lust am Interesse für dramatische Dichtung und rückt unterm einseitig verheerender Theater der Welt von Szenen. Und es wäre doch so leicht in einer Zeit, die eher so wenig als zu viel Rücksichten nimmt, mit einem klugen Spielplan den anderen Bühnen wenigstens nahe zu rücken. Heute, wo so viele neue Kräfte um neue Probleme und um Licht und Leben ringen, Gebel sagte von sich einmal das bescheidenste Wort: „Wald fehlt mir der Wecker, bald fehlt mir der Wein.“ Als Kraft und Vermögen im Karlsruher Theater hat, waren sie gefehlt. Nun, da die Fesseln gefallen, wird die Freiheit mitbrachten. Früher war man als Theaterführer schlichtmännlich Schlichter, heute wird man zum Melancholiker.

Der Tod und Tod ruhten die Szenen aus der Liebe des Dichters, der sich selbst den Diktator nennt, gemalt hat. Schon auch als Szenen bei dem überaktigen Behagen des Kulturromans; das Mittel mit den armen Kreaturen, die irgendwo im unerschöpflichen Aufbruch vegetieren, vertieren und philosophieren, war billig, und — das Nachspiel schmeckte dennoch so so wüßig. Wir bedürfen keiner kläglich Depressio mehr in unseren Tagen, wo alles in dieses Chaos hinabstürzt. Wir brauchen Stärkung, Aufklärung und einen Ausblick in die Rettung. Aufklärung zum Teil. Statt dessen sieht man uns in das „Nachspiel“, das sich in höchst kümmerlicher Handlung um uns selbst drehen hat. Und das, obwohl die Vorreden Szenen einen höchst formwichtigen dramatischen Wert haben. Es sind gewissermaßen echte Bühnenstücke, die in der Spiel an ihrer rechten Stelle

Die deutsche Republik.

Der Reichsverband der deutschen Presse

hielt am Sonntag in Berlin eine Delegiertenversammlung ab, die aus Berlin und allen Teilen des Reiches zahlreich besetzt war. Nach eingehender, den ganzen Tag ausfüllender Verhandlung wurde der grundlegende Paragraf der neuen Satzung angenommen, nach dem der Reichsverband seine Umwandlung in eine gewerkschaftliche Organisation vollzieht. Die Beratungen werden am Montag fortgesetzt.

Finanzielle Anforderungen der württembergischen Regierung.

(Von unserem Stuttgarter Korrespondent.)

Stuttgart, 27. April. Die württembergische Regierung hat zwei weitere Nachträge zum Finanzgesetz der Landesverwaltung vorgelegt. Der erste fordert für parlamentarische Zwecke eine halbe Million, für Förderung des Kleinwohnungsbaus durch Bürgerschaftsübernahme seitens des Staates eine Million Mark. Der zweite fordert 13,8 Mill. Mark für neue außerordentliche Zuwendungen für die Beamten und Arbeiter des Staates, wobei auch die Pensionäre berücksichtigt werden. Die Zuwendungen gliedern sich in drei Teile: eine eigentliche Teuerungszulage, bei denen bloß verheiratete und unverheiratete Beamte und Arbeiter unterteilt werden (verheiratete 80 M. monatlich, unverheiratete über 21 Jahre 60 M., unter 21 Jahre 40 M.), mit Erhöhung der Kinderzulage auf 30 M. monatlich für jedes Kind. Der zweite Teil ist die sog. Ausgleichszulage, die nach Ortsklassen abgestuft ist und die Beamtenbesoldungen den Lohnverhältnissen der Arbeiter angleichen soll, sie geht bis zu 90 M. monatlich. Dazu kommt als drittes, eine Wohnungszulage für die nicht in Dienstwohnungen untergebrachten Beamten, die bis zur Hälfte des gesetzlichen Wohnungszulages geht.

Die Streiklage.

Drohende Haltung der Eisenbahner.

Berlin, 28. April. Eine vom Deutschen Eisenbahnerverband einberufene Versammlung, die gestern hier stattfand und von über 8000 Eisenbahner besucht war, beschloß einstimmig, den Eisenbahnminister aufzufordern, bis spätestens zum 7. Mai die bekannten Forderungen zu bewilligen, widrigenfalls die Eisenbahner die Arbeit einstellen würden.

h. Berlin, 28. April. (Sta. Drahtbericht.) Die Eisenbahner, die gestern in der vom Deutschen Eisenbahnerverband einberufenen Versammlung angenommen worden ist, lautet: „Die Versammlung stellt fest, daß das vorliegende Ertrags- und Verhandlungsüber die aufgestellten Lohnforderungen eine tiefe Enttäuschung in allen Eisenbahnerkreisen hervorgerufen hat, und daß die sofortige Durchführung der aufgestellten Lohnforderungen auf Erhöhung des Stundenlohnes um 1 M. mit rückwirkender Kraft ab 1. April erfolgen muß. Gleichzeitig muß eine entsprechende Erhöhung der unteren und mittleren Beamtengehälter eintreten. Die Versammlung verlangt, daß bis 7. Mai die Forderungen anerkannt werden, andernfalls sie die Konsequenzen ziehen wird.“

Die Berliner Straßenbahner am 1. Mai.

Berlin, 28. April. Die Straßenbahner Berlins haben gestern die Direktion durch ein Schreiben davon in Kenntnis gesetzt, daß nach einem abgestimmten Beschluß am 1. Mai die Arbeit von der Arbeitnehmern unterbrochen werde. Eine Bewilligung dieses Forderungen werde nicht beantragt.

Ein mißglückter Putschversuch in Stettin.

Stettin, 28. April. Gestern vormittag war auf dem hiesigen Schloßhof von Kommunisten eine Versammlung einberufen, die von mehreren Tausend Personen besucht war. Als der Redner zu sprechen begann, erkannten von allen Seiten der Versammlung Schüsse auf die Rednerin Gertrud Scheidemann. Gleichzeitig wurden von Leuten in Soldatenuniform mehrere Handaraten anwesenden, durch die ein alter Mann getötet und etwa 12 Personen mehr oder minder schwer verletzt wurden. Die Anreifer schossen auch mit Revolvern, mißhandelten den Redner schwer und flüchteten

dann in den nahegelegenen Tücher-Ausdient am Königsplatz. Sicherheitsstruppen wurden alarmiert, die den Häuserblock umstellten und Maschinen-gewehre auf das Haus richteten. Nach mehrstündiger Belagerung und zeitweiliger Beschießung eraben sich die Leute, etwa 80 an der Zahl. Sie waren mit Handaraten und Armeerevolvern bewaffnet. Einer von ihnen hat einen schweren Bauchschuß erhalten. Anschließend handelte es sich um einen kommunistischen Aufstand von ausländischen Deserteuren, die, wie man meint, aus Süddeutschland hierhergekommen sind. Diese Arbeit ist, die bisher achtlos auf Mühe und Ordnung bewahrt hat, zum Aufstand aufzurufen. Mehrere Leute der Sicherheitswehr sind schwer verwundet und zwei Zivilisten sind getötet worden, die den Reitertruppen ein Maschinengewehr an entgegen verhielt hatten.

Erfolg der Streikbewegung in Bremen.

Bremen, 28. April. Die Bümanns Tel.-Bureau meldet, teil der Streikbewegung in Bremen, daß eine Versammlung von Delegierten aller beteiligten Betriebe sich am Sonntag versammelte, die die Streikbewegung ihren Zweck erfüllt hat, da die hiesigen Straßenbahnen wieder fahren und übergeben, die Straßenbahn der U-Bahn und der Kommunalen keine erfüllt. Einmütig wurde beschlossen, zunächst von weiteren Abwehrmaßnahmen abzusehen. Der bewährten Regierungsinstruktion und der Stadtwache wurde die Anerkennung ausgesprochen. Von heute ab dürfen die Zeitungen wieder erscheinen.

Blünderungen in Buer.

Essen a. d. Ruhr, 28. April. Am 26. und 27. April war es in Buer und Umgebung zu Blünderungen gekommen. So ist zum Beispiel in Buer das große Warenhaus Althoff mit über 1/2 Millionen Mark Waren ausgeplündert worden. Auch mehrere Lote sind zu verzeichnen. Jetzt sind Truppen eingedrückt. Bisher wurden über 80 Plünderer festgenommen. Unter dem Schutze der Truppen wurde im Gebiet von Buer, wo bisher noch größere Streiks herrschten, die Arbeit wieder aufgenommen. Es zeigte sich bei den Plünderungen eine heftige Erbitterung gegen die Streikleitung.

17 Tage ohne Licht.

Essen a. d. Ruhr, 28. April. Nachdem der Bergarbeiterstreik im wesentlichen beendet ist, nimmt die Versorgung der Stadt mit Gas heute wieder ihren Anfang. 17 Tage hindurch war die Stadt völlig in Dunkelheit gehüllt.

Die Unabhängigen in Sachsen.

Leipzig, 28. April. Landesparlament und Leipziger Parteileitung der U. S. P. erklären: Die Parteileitung der U. S. P. in Leipzig erkennt, getreu den Beschlüssen der Landeskonferenz der U. S. P. D. vom 10. April den Belagerungszustand in Sachsen als rechtmäßig und rechtswirksam nicht an. Sie fordert die Parteimitglieder auf, den Kampf gegen den Belagerungszustand nach den Beschlüssen der Landeskonferenz mit aller Energie zu führen. Sofern die Regierung die Leipziger Arbeiterfrage nicht weiterhin provoziert, wird die Leipziger Parteileitung die politische Organisierung betrautigt der U. S. P. D. in Leipzig nicht gefordert. Anmerkung des U. S. P. D. Danach heißt also die Parteileitung, daß die Leipziger Parteileitung, nämlich durch den Belagerungszustand und durch die Erklärung der U. S. P. D. gesichert einen ruhigen Verlauf nehmen wird.

Die Jagd nach den Mördern Neurings.

(Drahtmeldung aus Dresden.) Dresden, 28. April. Die Staatsanwaltschaft hat für die Ermittlung der Mörder des Kreisministers Neurina 10000 M. Belohnung ausgesetzt.

Dresden, 28. April. (Von unserem Korrespondent.) Vier wurden 52 Spezialisten unter dem Befehl der Militärpolizei bei der Ermordung des Kreisministers Neurina verhaftet.

Sympathiestreik in Oberschlesien.

Gleiwitz, 28. April. Die Arbeiter der Oberschlesischen Elektrizitätswerke in Dorkamer sind in einen Sympathiestreik eingetreten. Durch Unterbindung des elektrischen Stromes wird der Betrieb vieler Werke stillgelegt. Die Arbeiterfrage der Gruben und Werke verlangt überall die Entfremdung des Grenzlandes sowie die Aufhebung des Belagerungszustandes.

zuzugewandte Hilfe wäre Schönfeldt gewissermaßen gewesen. Fürzner hatte, im letzten Bild besonders, seine Momente; Giesel setzte seinem Bann gute Lichter auf, ließ aber anhängen. Die übrigen Figuren — sie haben alle für sich und haben kaum Gelegenheit, das Spiel mitzuführen; Wille als Hühnermacher, Gail als Altkaiser, Gemme als Schloffer, befriedigen in ihren ungenutzten Aufgaben. Für die Damen war es kein ertragreicher Weid. Sogar Elfe Korman als russischer Weidsteufler ließ den ihm eigenen Schmiss vermissen; Sedwig Holz mußte dank der brutalen Brut des Geschehens schließlich starr und wirksam in den Vordergrund. Margarete Pix, Alwine Müller und Ruth Lins entpanden; der Moll der Rednerin standen indessen in der m. E. regelmäßig am besten gelungenen Szene zu Beginn des vierten Aufzuges größere Möglichkeiten offen. Das Publikum, das zum großen Teil gewissermaßen mit einem Interesse zu dem bekannten Stück des bekannten Dichters, der besonders im Krieg durch seine Redigierung der „Neuen Zeit“ oft zitiert wurde, gekommen war, lebte das „Nachspiel“ offenkundig ab und erhellte sich den Darstellern zuzugewandte bösheligen Beifall, dem sich auch diese gewählte Besprechung gerne anschließt. Karl Joho.

Kunst und Wissenschaft.

Alle deutsche Legenden.

Der herborstehende Eindruck, den die Werke des Volksausdrucks hinterlassen, ist die beste Auswahl der Möglichkeiten, dem Publikum besondere Gemüths zu bereiten, Voraussetzungen ins Leben zu rufen, die ein ganz eigenes Gepräge tragen, von allem Hergebrachten fern. So war es z. B. die erste kausale Leistung des schlesischen Vortragens von „Deutons Tod“, der (sehr) wiederholt werden muß; so war es am Samstag die — ich jaze kurz — und acht in der Schloßkirche. Man hat einen Spezialforscher in der mit den Jahrhunderten der Aufklärung und „erzalten“ Fortschritt so sehr verachteten Legendenforschung von Heidelberg hergerufen, den dortigen Literaturhistoriker, Dr. Richard Vena, für diesen letzten Abend.

Es war nicht der gemüthliche und anspruchsvolle Rahmen eines landläufigen Vortragabendes mit etwa einleitenden historischen oder ästhetischen Ausführungen und permodem Apparat; dem widerstand schon der Ort; die Kirche, die die Veranstaltung umschloß. Da, auf der Rampe stand der Vortragende, legte ein Nebenbuch auf das Pult wie eine Bibel und — las. Rasch schloß einige Legenden vor, schloß, aber mit erlebter Sprachkraft und

Gegen die Beamtenabfertigungen in Oberschlesien.

Kattowitz, 26. April. Bei einer Anzahl ober-schlesischer sozialer und privater Verwaltungen sind in der letzten Zeit von Arbeitern und Anstellten zahlreiche Generealdirektoren und andere Beamte in leitender Stellung abgesetzt worden. Der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein hat sich an das preussische Staatsministerium, den preussischen Ministerpräsidenten und Handelsminister, den Reichsarbeitsminister, den Reichsarbeitsminister und den Reichsminister mit der Bitte gewandt, von Seiten der Regierung gegen die verhängnisvolle Beamtenabfertigung sofort energisch einzuschreiten. Die Verwaltungen hätten beantragten Anlauf zu der Annahme, daß die Abfertigungen in Anmähung von volkswirtschaftlicher Seite nach russischen Mustern organisiert seien. Die bisher von den sozialistischen Verbänden getroffenen Maßnahmen seien zur Verhütung der Arbeiter und Anstellungen nicht ausreichten. Die Gesamtheit der ober-schlesischen Industrieverwaltung habe daher die Staatsregierung nachdrücklich ersucht, Abhilfe zu schaffen und besonders die nachgeordneten Verbände nachdrücklich anzuweisen, daß sie ihre Abfertigungen energisch entgegenstellen, insbesondere auch durch die Aufführung der Arbeiter und Anstellungen über das Unzulässige ihres Vorgehens, auch wenn durch Einbringung eines Bescheidens, durch den die Abfertigung von Beamten durch Arbeiter und Anstellungen unter Strafe gestellt wird.

Badische Politik.

Darf am 1. Mai gearbeitet werden?

Bekanntlich ist der 1. Mai durch Verordnung der badischen Regierung und durch Reichsgesetz zum gesetzlichen Feiertag bestimmt worden. Anfolge der misslichen Witterung soll aber in bayerischen Kreisen wenig Feiertag gesehen, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. In einer in Freiburg abgehaltenen politischen Versammlung erklärte nun Landtagspräsident Kopf, eintragung der Arbeitsruhe in landwirtschaftlichen Betrieben bestehe für den 1. Mai dieses Jahres nicht. Die badische Regierung habe sich dazu verstanden, keinerlei Beschränkungen eintreten zu lassen, wenn am 1. Mai dringende Land- oder Fabrikarbeiten, die der Nahrungsmittelherzeugung dienen, verrichtet werden.

Zollausgleichsgebiet.

Wie bekannt, waren die schweizerischen Bundesräte Ador und Calonder vor einiger Zeit in Paris, um über Schweizer Anleihenheiten mit der Entente zu verhandeln. Dabei kam auch die Analyse der Valais an als den Kanton Schaffhausen auf Schaffhausen hatte die Wünsche der Valais befürwortend dem Bundesrat in Bern unterbreitet, und dieser wieder trat auf der Pariser Konferenz warm für die Analyse der badischen Dörfer an die Schweiz ein. Als Äquivalent sollen gefordert werden in vorbrinenden schweizerischen Winkeln bei Sinau und Ramen. Anders reist sich bereits der „Rationalist“. Die „Thurauer Zeitung“ heißt hierher, es gebe nicht an, daß sich der Kanton Schaffhausen durch Analyse der „Kantonen Schwaben“, wie die Valais genannt werden, betätigere.

Die Bauernpartei.

Auf der in der vergangenen Woche in Karlsruhe abgehaltenen Tagung des Badischen Landesparlamentes ist es, wie aus einem Bericht des „Acher- und Bühler-Bole“ hervorgeht, zu ziemlich erregten Auseinandersetzungen über die Gründung einer badischen Bauernpartei gekommen. Von dem Generalsekretär des Bad. Landw. Genossenschaftsverbandes, Schmeißer, wurde von Kolonomiarat Wielhauser, wurde der Gedanke der Gründung einer badischen Bauernpartei vertreten. Von diesen beiden Rednern wurde ausgeführt, nur wenn die Bauern sich selbst wirtschaftlich organisierten, seien sie stark. Den politischen Parteien wurde von den beiden Rednern der Vorschlag gemacht, in der Frage der Gründung eines Landwirtschaftsministeriums ihr Wort nicht gehalten zu haben. Andere Redner, wie Staatsrat Hg. Weichardt, Reichstagsabg. Diez, Bauernvereinsdirektor Dr. Menges, Geheimer und Finanzminister Dr. Wirth traten diesen Rednern entgegen und lehnten die Gründung einer Bauernpartei ab. Es wurde hierbei betont, eine Bauernpartei könne nur 25 Proz. der Stimmen aufbringen und wäre somit eine ständige Minderheit, denn sie hätten 75 Proz. der Abgeordneten gegen sich. Finanzminister Dr. Wirth sagte

sein sonorem Organ, unendlich eindringlich. Wir hätten die wunderbare Geschichte vom Heiligen Franz von Assisi, der mit 20 Jahren das Weltleben aufgab, so daß sich sein heiliger Leib verjüngte, als er sich mit ganzer Anbrunn Gott zuwandte, und die Kraft gewann, die Vögel unterm Himmel nach seinem Wort zu lenken. Wunderbar ist das Zeug des Meisters, Heiden und Heiligen Tod und Verklärung, die bekanntlich auch Licht in eine innige und süße Lohweil eingegeben hat.

Eine weitere Legende, die wenig mit ganzer Anbrunn des Dabotiens vorzutritt, war die vom Herrn von Reinhardt, der im schwärzen wüden Wald fern den Menschen verbergen wollte, das Kloster an hellen Büchlein verließ und dann dort in der Einsamkeit ermordet wurde. Es hand die Landschaft auch vor unseren Augen — die Landschaft der lebenden Seuer, das Fessengefühl von Menschen selbstherrlicher wider Bekämpfung und der Wohnungen der Menschen... so lebhaft wurde die anschauliche Dichtung ins Wort eines ansagegeordneten Sprechers getaucht. Es war eben nicht billiger Vortrag, es war etwas, wirklich, wie Predigt, wie gelang, an diesem Ort zumal. Und das war eben das Selbstame und keine, anregende und äußerst großwertige. Wie wäre zu wünschen, solche — Andachtsstunden kommen wieder in Aufnahme, so wie es einst war, vor Jahrhunderten, und davon wieder einher einen Gedank geben wollte.

Außerordentlich sinnig war die Letztze unterbrochen und untrübt von altheutischen Poesien auf der Orgel, die Reinhard Koppen meisterhaft füllte, und die eine tiefe Weite verbreiteten. Dem „Volkshaus“ sei dieser wertvolle Abend von Herzen gedankt.

h. Die wissenschaftlichen Einrichtungen des badischen Landtags. Der Vorstand des Vereines der Deutschen Buchhändler zu Leipzig hat zur Förderung der wissenschaftlichen Einrichtungen des badischen Landtags neue Bestimmungen getroffen, die der am 18. Mai stattfindenden Sommerversammlung als Satzungsänderungen vorgelegt werden sollen. Danach soll jedes Mitglied verpflichtet werden, ein Stück seiner gesamten Verlagszeugnisse sofort bei Erheben unterlangt und unentgeltlich an die Bibliographische Abteilung der Geschäftsstelle des Vereines zur Aufnahme in das Verzeichnis der Neuerscheinungen des Deutschen Buch- und Verlagswesens zu liefern. Die geleisteten Stücke gehen in das Eigentum der Vereines über, der sie der Deutschen Buchhändler-Vereinigung überläßt. Demgegenüber soll jedes Mitglied das Recht erlangen, die von ihm der Deutschen Buchhändler-Vereinigung überlassenen Verlagszeugnisse jederzeit außerhalb der Deutschen Buchhändler-Vereinigung zu entleihen.

